



Bern, 11. Januar 2007 - dw

Bericht der Agglomerationskommission an den Stadtrat 2006

1. Einleitung

Mit Beschluss vom 1. Juli 2004 hat der Stadtrat gestützt auf Art 76 GO und Art. 25 GRSR eine neunköpfige Agglomerationskommission (AKO) für die Legislatur 2005-08 eingesetzt. Das Büro hat anschliessend im Auftrag des Parlaments Ziele und Auftrag der AKO erarbeitet, die am 28. April 2005 vom Stadtrat bestätigt wurden. Gemäss Auftrag ist die Kommission verpflichtet, dem Stadtrat mindestens einmal im Jahr Bericht über die Tätigkeit zu erstatten. Dieser Verpflichtung kommt die AKO mit dem vorliegenden Tätigkeitsbericht für das Jahr 2006 nach.

2. Mitglieder

Im Berichtsjahr sind vier neue Mitglieder in die AKO gewählt worden. Gegenwärtig gehören ihr die folgenden neun Stadträt/innen an:

Stefan Bärtschi (SVP, Wahl am 18. Mai 2006)

Myriam Duc (GB)

Jacqueline Gafner Wasem (FDP), Vizepräsidentin

Beni Hirt (SP, Wahl am 18. Mai 2006)

Natalie Imboden (GB)

Ursula Marti (SP, Wahl am 6. April 2006)

Christoph Müller (FDP)

Nadia Omar (GFL, Wahl am 19. Januar 2006)

Andreas Zysset (SP), Präsident.

3. Erarbeitung des definitiven Auftrags der AKO

Mit dem Beschluss vom 28. April 2005 beauftragte der Stadtrat die AKO, den definitiven Kommissionsauftrag für die laufende Legislatur zu formulieren. Diese Aufgabe hat die AKO im Rahmen der Berichterstattung für das Jahr 2005 erfüllt. Am 2. Februar 2006 verabschiedete die Kommission ihren Tätigkeitsbericht zuhanden des Stadtrats und gleichzeitig Ziele und Auftrag der Kommission:

Ziele

Die Agglomerationskommission

- ist im Bild über die wichtigen politischen Aktivitäten in der Agglomeration und in der weiteren Region und über das kantonale Projekt SARZ
- vertritt die Interessen des Stadtrates gegenüber Gemeinderat, regionalen Gremien und Kanton bezüglich Agglomerationspolitik
- leistet ihren Beitrag für Vertrauensbildung in der Agglomeration.

Auftrag

Die Agglomerationskommission

- setzt sich ins Bild über das kantonale Agglomerationsprojekt und über entsprechende Aktivitäten des Bundes, allenfalls auch über andere Agglomerationsprojekte
- setzt sich ins Bild über laufende Geschäfte/Projekte, die die Agglomeration Bern betreffen
- tauscht sich mit dem Gemeinderat über die Agglomerationspolitik der Stadt Bern aus, kennt seine Haltung und seine Absichten und bringt dabei den Standpunkt des Stadtrats ein
- pflegt Kontakte zu anderen Parlamenten oder Akteuren in der Region und wo sinnvoll im Kanton (andere Städte), versucht eine gemeinsame Haltung zu entwickeln und leistet ihren Beitrag für Vertrauensbildung
- ist als vorberatende Kommission zuständig für Agglomerationsgeschäfte im engeren Sinn
- soll bei wichtigen Stadtratsgeschäften, welche die Agglomeration betreffen, zur Stellungnahme beigezogen werden
- nimmt bei Vernehmlassungen Stellung und vertritt dabei die Interessen des Stadtrates
- schlägt dem Stadtrat einzelne Aktivitäten vor und/oder kann Vorstösse zu Agglomerationsfragen einreichen
- kennt, konkretisiert und beurteilt die Instrumente (Einflussmöglichkeiten) des Stadtrats in der Agglomerationspolitik
- leitet ihre Erkenntnisse an den Stadtrat weiter, indem sie bei Bedarf, mindestens einmal im Jahr, über ihre Tätigkeit und zukünftige Schwerpunkte berichtet.

Der Stadtrat nahm den Bericht der AKO am 6. April 2006 in zustimmendem Sinn zur Kenntnis und bestätigte die Ziele und den definitiven Auftrag.

4. Sitzungen und Themen

Die AKO traf sich 2006 zu sechs zwei- bis dreistündigen Sitzungen und einem ganztägigen Workshop. An den Sitzungen nahmen neben den externen Referent/innen Isabelle Meyer (Geschäftsführerin VRB, RKK und BernPlus), Christoph Miesch (Vorsteher AGR) und Jürg Wichtermann (Vize-Stadtschreiber) auch der Stadtpräsident und die Leiterin der Abteilung Stadtentwicklung teil. Es wurden folgende Themen behandelt:

Vernehmlassung SARZ

Ein Schwerpunkt der Kommissionstätigkeit lag auf der Vernehmlassung zur Umsetzungsvorlage SARZ. Die AKO erarbeitete in Abstimmung mit dem Gemeinderat eine eigene Stellungnahme im Rahmen des Vernehmlassungsverfahrens und verabschiedete sie am 2. Februar 2006 zuhänden der kantonalen Justiz-, Gemeinde- und Kirchendirektion (siehe Beilage). Darin brachte sie ihre grundsätzliche Unterstützung für eine verbindlichere Zusammenarbeit in der Region zum Ausdruck, gab aber auch zu bedenken, dass mit dem Projekt SARZ längst nicht alle Agglomerationsprobleme gelöst werden könnten. Drei zentrale Änderungsvorschläge der AKO wurden im Rahmen der Vernehmlassungsauswertung von der Gesamtprojektleitung berücksichtigt und haben Aufnahme in der definitiven Vorlage an den Grossen Rat gefunden:

- Neuregelung der Stimmkraft: Da die ursprünglich vorgesehene Stimmkraftregelung in der Regionalkonferenz aus der Sicht der AKO die grösseren Gemeinden und Städte benachteiligte, schlug die Kommission in Übereinstimmung mit dem Gemeinderat eine alternative Stimmkraftgewichtung vor. Der Kanton nahm dieses Anliegen auf und passte die Stimmkraftregelung leicht zugunsten der grösseren Gemeinden und Städte an. Die Stadt Bern verfügt in der Regionalkonferenz Bern-Mittelland nun neu über 42 statt 27 Stimmen.

- **Zuständigkeit Behördeninitiative und -referendum:** Die AKO regte in der Vernehmlassung an, die Möglichkeit zu schaffen, den kommunalen Parlamenten die Kompetenz zur Ergreifung eines Behördenreferendums oder einer Behördeninitiative zu übertragen. Die regierungsrätliche Vorlage sieht nun vor, dass die Gemeinden selbst bestimmen können, welches Organ für die Lancierung von Behördeninitiative oder -referendum zuständig ist. Fehlt eine entsprechende Regelung auf kommunaler Ebene, liegt die Zuständigkeit beim Gemeinderat.
- **Berichterstattung:** Hinsichtlich der Berichterstattung der künftigen Regionalkonferenz schlug die AKO im Rahmen der Vernehmlassung vor, die Konferenz zur Erstellung eines jährlichen Rechenschaftsberichts zu verpflichten, der anschliessend den Gemeindeorganen zur Kenntnis gebracht werden muss. Diese Regelung wurde praktisch unverändert in den Gesetzesentwurf übernommen. Die Regionalkonferenzen legen demnach jährlich in einem Geschäftsbericht Rechenschaft über ihre Tätigkeit ab und unterbreiten diese Berichte direkt den Gemeindeparlamenten, womit der Informationsfluss sichergestellt wird.

Weiter hatte die Agglomerationskommission vorgeschlagen, eine Mandatierung der Gemeindevertreter/innen in der Regionalkonferenz durch das Parlament zu ermöglichen und auf das Erfordernis des doppelten Mehrs bei regionalen Volksabstimmungen (Mehrheit der Stimmenden und der Gemeinden) zu verzichten. Diese Vorschläge fanden jedoch keine Berücksichtigung.

Mitwirkung der Parlamente im Rahmen von SARZ

Bei der Beschäftigung mit der kantonalen Agglomerationsstrategie SARZ schenkte die AKO den Mitwirkungsmöglichkeiten der Parlamente im Rahmen des Regionalkonferenz-Modells besondere Beachtung. Sie beauftragte den städtischen Rechtskonsulenten Jürg Wichtermann mit der Ausarbeitung eines Berichts, in dem Möglichkeiten und Grenzen der parlamentarischen Mitwirkung bei der Entscheidungsfindung der Regionalkonferenzen aufgezeigt werden. Der Bericht kommt zum Schluss, dass die Mitwirkungsmöglichkeiten der Parlamente insgesamt recht beschränkt sind, was der Absicht zur Schaffung von schlanken Entscheidungsprozessen entspricht. Aus der Diskussion ergaben sich zwei Fragen, die gegenwärtig vertieft abgeklärt werden:

- Wie gestaltet sich das Verfahren zur Übertragung zusätzlicher Aufgaben aus dem Zuständigkeitsbereich der Gemeinden an die Regionalkonferenz? Ist im Rahmen der gegenwärtig vorgesehenen Regelung (=Entscheid über Aufgabenübertragung im Rahmen einer regionalen Volksabstimmung) sichergestellt, dass die kommunalen Zuständigkeitsordnungen nicht übergangen werden?¹
- Der vorliegende Gesetzesentwurf ermöglicht zwar die Delegation der Zuständigkeit für die Ergreifung eines Behördenreferendums an die kommunalen Parlamente, sieht aber gleichzeitig eine Frist von 90 Tagen für die Einreichung eines Referendums vor. Ist eine Kompetenzübertragung an den Stadtrat angesichts dieser knappen Frist überhaupt machbar und wie müsste der Ablauf konkret organisiert werden?

Einholung von Grundlageninformationen

Zum Auftrag der Agglomerationskommission gehört es, sich laufend über die agglomerationspolitischen Projekte ins Bild zu setzen und Kontakt zu den politischen Akteuren auf regionaler Ebene zu pflegen. Im März 2006 ist die Kommission von Isabelle Meyer, Geschäftsführerin VRB und RKK, über die Funktionsweise des Vereins Region Bern VRB und der Regionalen Kulturkonferenz RKK Bern informiert worden. Zusätzlich orientierten der Leiter der Statistikdienste und der Bereichsleiter Finanzhaushalt die AKO über die Mechanismen des kantonalen Finanz- und Lastenausgleichs und die Berechnung der Zentrumslasten.

¹ Inzwischen liegt ein Antwortschreiben des Kantonalen Amtes für Gemeinden und Raumordnung auf eine entsprechende Anfrage vor.

Vorberatung von agglomerationspolitischen Geschäften

Gemäss Auftrag der AKO ist die Kommission zuständig für die Vorberatung der Agglomerationsgeschäfte im engeren Sinn und wird zusätzlich bei wichtigen Stadtratsgeschäften beigezogen, welche die Agglomeration betreffen. Im abgelaufenen Jahr hat sich die AKO im Rahmen der Vernehmlassung zu den Entwürfen der Subventionsverträge mit den kulturellen Institutionen geäussert, die von der Regionalen Kulturkonferenz ausgearbeitet wurden. Bei der Neustrukturierung des Wasserverbands Region Bern AG wurde die AKO dagegen nicht in die Vorberatung eingebunden. Aus der Sicht der Kommission sollte die Art und Weise der Mitwirkung noch klarer ausgestaltet werden, damit die Möglichkeit zum Beizug der AKO verstärkt genutzt werden kann.

Berichterstattung und Planung

Die AKO diskutierte wie im Vorjahr den schriftlichen Bericht des Gemeinderats zur Agglomerationspolitik, in dem die agglomerationspolitischen Schwerpunkte im Jahr 2006 aus der Sicht der Stadregierung dargestellt werden. Der Gemeinderat kündigt im Bericht an, künftig eine gezieltere Bündnispolitik betreiben zu wollen, um so stadtspezifische Interessen auf regionaler Ebene besser durchsetzen zu können. Die AKO verabschiedete den gemeinderätlichen Bericht am 14. September 2006 zuhanden des Stadtrats. Er wird dem Parlament zusammen mit dem vorliegenden Tätigkeitsbericht der Agglomerationskommission unterbreitet, den die Kommission am 11. Januar 2007 genehmigt hat. Vorgängig hat die Kommission bereits ihr Arbeitsprogramm für das kommende Jahr beschlossen (siehe Beilage). Als thematische Schwerpunkte wurden die Begleitung der Umsetzung von SARZ, die Klärung der künftigen Rolle der AKO sowie die Kontaktpflege und Informationsvermittlung zwischen den agglomerationspolitischen Akteuren festgelegt.

5. Workshop

Am 3. November 2006 veranstaltete die AKO erneut einen ganztägigen Workshop zum Thema „Parlamente und Agglomerationsstrategie in der Region Bern“ in der Gewerblich-Industriellen Berufsschule Bern (GIBB). Es beteiligten sich 48 Teilnehmer/innen an der Veranstaltung, darunter über 30 Vertreter/innen der Parlamente aus den VRB-Gemeinden Köniz, Münchenbuchsee, Muri, Ostermundigen, Worb und Zollikofen und neu auch aus Münsingen. Das Tagungsprogramm umfasste vier Referate zur Agglomerationspolitik, die sich mit der kantonalen Agglomerationsstrategie und mit der agglomerationspolitischen Entwicklung in Stadt und Kanton Luzern befassen. Die nachmittäglichen Workshops mit den Parlamentarier/innen aus den Aussengemeinden dienen der Vertiefung der Informationen aus den Referaten und der gegenseitigen Beziehungs- und Kontaktpflege. Mehr Informationen können der beigefügten Kurzfassung des Tagungsberichts entnommen werden (siehe Beilage).

6. Fazit

Die Agglomerationskommission hat bei Hälfte der Legislatur ihr anfängliches Ziel erreicht und sich mit den aktuellen agglomerationspolitischen Fragen vertraut gemacht. Es ist der Kommission gelungen, durch die beiden Workshops 2005 und 2006 gute Beziehungen zu den Agglomerationsgemeinden zu knüpfen und eine Basis für das gemeinsame Gespräch zu schaffen. Auch die Kontakte zu den übrigen Akteuren in der Agglomerationspolitik (kantonales Amt für Gemeinden und Raumordnung, regionale Gremien wie VRB, RKK und RVK) wurden weiter gepflegt und vertieft. Die Zusammenarbeit mit dem Gemeinderat, mit Stadtpräsident und VRB-Präsident Alex Tschäppät und der Verwaltung (Abteilung Stadtentwicklung) funktioniert nach wie vor ausgezeichnet und ist von Transparenz geprägt.

Im Rahmen der Vernehmlassung zur Umsetzungsvorlage SARZ hat sich die AKO erfolgreich eingebracht und sich nicht nur für die Rechte des Stadtrats und der kommunalen Parlamente, sondern auch für gesamtstädtische Anliegen stark gemacht. Ergebnis ihrer Bemühungen ist u.a. die in den Gesetzesentwurf aufgenommene Verpflichtung der Regionalkonferenzen zur jährlichen Berichterstattung an die Parlamente. Umsetzung und konkrete Ausgestaltung des Regionalkonferenz-Modells werden weiterhin einen wichtigen Bestandteil der Kommissionstätigkeit bilden (Grossratsdebatte im Januar/März 2007, Meinungsbildung im Hinblick auf die kantonale Volksabstimmung im November 2007). Daneben gilt es aber auch die künftige Rolle der Agglomerationskommission zu klären, deren Auftrag mit dem Ablauf der Legislatur ausläuft.

7. Antrag an den Stadtrat

Der Stadtrat nimmt den Bericht der Agglomerationskommission 2006 in zustimmendem Sinn zur Kenntnis.

Der Kommissionspräsident:



Andreas Zysset

Beilagen:

- Vernehmlassungsstellungnahme der AKO zur Umsetzungsvorlage SARZ
- Arbeitsprogramm der AKO 2007
- Bericht zum Workshop 2006 (Kurzfassung)